

Der Kanton Zug und der Steuerwettbewerb

Referat an der GV des Gewerbevereins Risch/Rotkreuz, 24.3.06

Ich möchte ein paar Ausführungen zu einem Thema machen, das uns alle, als Unternehmer, als Gewerbler, als Zuger, sehr beschäftigt, beschäftigen sollte, auch in Zukunft. Sie können es ja in vielen Medien mitverfolgen: Fragen des Wettbewerbs, der wirtschaftlichen Attraktivität von Standorten, seien es Kantone oder die Schweiz, haben in den letzten Monaten eine enorme Dynamik bekommen.

Wir in Zug haben uns schon bei der NFA Abstimmung merken müssen, dass wir nicht viele Freunde haben, dass unsere Position auch innerhalb der Schweiz immer schwieriger wird. Und wir sehen jetzt mit einem gewissen Vergnügen, dass Obwalden, jahrelanges Schlusslicht in der Steuerbelastung, sich anschickt, die rote Laterne abzugeben. Und dafür mediale Prügel bezieht. Es sind die gleichen Medien, die einen Waadtländer Kommunisten auf Schritt und Tritt begleiten, wenn er nach Obwalden zieht, wenn er Volksentscheide auf Gerichtswegen umdrehen will, wenn er versucht, auch in der Zentralschweiz den Standard einzuführen, den er im Waadtland als Regierungsrat und in Bern als Nationalrat vertritt: nämlich einen Staat der alles gibt, möglichst viel nimmt, aber trotzdem immer gefrässiger wird. Ein Kanton Waadt, der nota bene Sonderabkommen mit einzelnen Superreichen seit Jahr und Tag macht, auch als der Kommunist in der Regierung sass.

Wir Zuger sehen, dass wir im Moment nicht mehr unbedingt der böse Bube Nr. 1 sind, aber das wird sich bald wieder ändern. Wir werden unsere Position als Standort Nr. 1 hingegen immer schwieriger zu verteidigen haben.

Ich möchte mit Ihnen ein paar Felder dieses Wettbewerbs zwischen den Standorten, national und international, betrachten. Dann werde ich Ihnen ein paar Konsequenzen, wie ich sie sehe, wie sie Zug zu ziehen hat, darstellen.

1. Die Schweiz in der globalisierten Welt

Der Kanton Zug ist in der Schweiz so etwas wie die Schweiz in der Welt: ein attraktiver Standort, der aber zusehends seine Qualitäten nicht einfach als selbstverständlich hinnehmen kann, sondern der sich zunehmend der Konkurrenz ausgesetzt sieht. Wie sieht diese Konkurrenz aus und wie sieht die Schweiz aus?

Die Schweiz hat mit Japan zusammen zwischen 1991 und 2001 das geringste Wirtschaftswachstum. Das Bruttoinlandprodukt nahm um 1,1% zu. Von 1990 bis 1999 waren es sogar nur 0,6%. Demgegenüber hatten alle OECD Staaten ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum. Irland ist mit 7,7% an der Spitze, mit Abstand, die USA mit durchschnittlichen 3,4% folgen und die Niederlande mit 2,8%. Der Durchschnitt der OECD lag bei 2,8%.

Sie wissen vielleicht, die Prognosen für die Schweiz für 2006 sind momentan nach oben auf 2,2% korrigiert – das ist besser als bisher, aber noch unter dem OECD Schnitt.

Damit wir Wachstum bekommen, in der Schweiz, müssen die Staatsfinanzen gesunden, und müssen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Wie steht die Schweiz finanziell da? Nicht gut.

Der Bund häufte in den 90er Jahren Schulden an, dass es krachte. Bei dieser Grafik sind die Schulden, die der Bund ausserhalb der Rechnung macht, nicht enthalten. Das sind 30 Mia mehr für die Desaster in der Pensionskasse des Bundes, dazu kommen noch die Mia seit 2001, zur Zeit stehen wir etwa bei 150 Mia. Unsere Zinsen dafür sind höher als z.B. die Ausgaben für Bildung. Die Rede von Kaputtsparen ist völlig verkehrt, wir beginnen derzeit, erst etwas weniger mehr auszugeben.

Im globalen Vergleich hat die Schweiz die schlechteste Entwicklung durchgemacht, die vorstellbar ist. Von einem Musterstaat anfangs der 90er Jahre sind wir bei der Entwicklung der Staatsquote nun zum Schlusslicht geworden. So viel zu den Finanzen.

Neben gesunden Staatsfinanzen – die wir nicht haben! – sind die Steuersysteme ein weiterer Faktor im Standortwettbewerb. Wie sieht es damit aus? Welche Tendenzen gibt es?

Ich beschränke mich auf die Unternehmenssteuern und lasse die Besteuerung von Privatpersonen beiseite. Zu den Unternehmenssteuern: Wir sehen in Europa, dass v.a. kleinere Volkswirtschaften (Irland, Niederlande, Belgien, Dänemark, Österreich) sowie einige osteuropäische EU-Länder sich dem internationalen Steuerwettbewerb stellen. Sie machen das oft mit Tarifreduktionen (z.B. radikale Reduktion der Körperschaftssteuern in Irland, „flat rate tax“ auf Unternehmensgewinnen, Einkommen und Konsum in der Slowakei; Tarifsenkungen in Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Österreich).

Die meisten andern EU Länder müssen mitziehen, was zu einer generellen Senkung der Gewinnsteuersätze führte. Im Gegenzug wird teilweise die Bemessungsgrundlage verbreitert. Für Unternehmen ist die Ausgestaltung der Unternehmensbesteuerung natürlich wesentlich. Die meisten Staaten haben mittlerweile sehr flexible und unternehmensfreundliche Regelungen.

Auf der andern Seite haben wir in der EU und der OECD eine gegenläufige, widersprüchliche Tendenz: man sagt – v.a. seitens der Kommissare in Brüssel - dem sogenannten „schädlichen Steuerwettbewerb“ den Kampf an und will besonders unternehmensfreundliche Praktiken abklemmen. Sie haben vielleicht von der Anfrage, fast schon Anklage, der EU Kommission gehört, dass die Holding-Besteuerung der Schweiz, v.a. der Kantone SZ und ZG, nicht konform sein soll zum Freihandelsabkommen mit der EU, aus dem Jahre 1972.

Persönlich komme ich bei dieser Beurteilung für die Schweiz zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Bundesrat darf nicht einknicken. Er muss berücksichtigen, dass die EU in sich selbst nicht einig ist in Sachen Steuerwettbewerb. Je grösser die EU wird, umso weniger wird es möglich sein, die Länder zu einer einheitlichen Position zu bringen. So ist z.B. in Deutschland grosse Verärgerung darüber festzustellen, dass die neuen Ostländer steuerlich attraktiv werden, zum Teil mit Geld aus dem Westen. Eine ähnliche Diskussion, wie wir sie jetzt in der Schweiz haben, wo mit den Erlösen aus dem Nationalbankgold und dem NFA andere Kantone tiefere Steuern verlangen können als die Geberkantone.
2. Die Schweiz droht stillzustehen, im Vergleich mit der ungeheuren Dynamik, die andere Länder in Sachen Steuerwettbewerb auslösen. Wir müssen unbedingt die Staatsverschuldung reduzieren, damit wir wieder Freiraum haben.
3. Die Position der Schweiz – besser gesagt: einiger Kantone in der Schweiz – ist nach wie vor gut bis sehr gut. Aber wir dürfen uns nicht täuschen: auch als Zuger haben wir ein vitales Interesse an gesunden Bundesfinanzen, an einer guten bürgerlichen Politik in Bern, an Bundesräten, die die Schweiz im Wettbewerb gut positionieren, und nicht vor den Konkurrenten einknicken. Die Schweiz ist durch die katastrophale Politik der 90er Jahre steuerlich bei weitem nicht mehr unantastbar. Unser enormes Ausgabenwachstum macht uns handlungsunfähig.

4. In Sachen natürliche Personen ist die Schweiz nur Mittelmass. Der Vorsprung bei Unternehmenssteuersätzen ist geschmolzen, v.a. unter dem Druck Irlands und der neuen Ostländer. Die Schweiz mutet den Steuereinzahlenden als eines der letzten OECD Länder bei den als Dividenden ausgeschütteten Unternehmensgewinnen die volle wirtschaftliche Doppelbesteuerung zu. Die Unternehmenssteuerreform ist jetzt endlich in den Mühlen des Parlaments, aber die Linke wird auch dagegen ankämpfen.

5. Als eines der wenigen OECD Länder erhebt die Schweiz bei den natürlichen Personen eine umfassende Vermögenssteuer auf Stufe der Kantone und Gemeinden. Derartige Substanzsteuern sind überholt. Wichtig ist die Beseitigung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung von Kapital und Vermögen beim Aktionär.

6. Der tiefe MwSt. Satz ist für die Schweiz ein wichtiger Standortvorteil, der unbedingt erhalten bleiben muss. Allerdings muss man die Erhebung unternehmensfreundlicher gestalten und liberalisieren.

Zusammenfassend: wie sieht die Schweiz aus, mit deren Bedingungen der Kanton Zug lebt? Sie war mal Weltspitze, ist es momentan im Schuldenmachen und in der Staatsquote, und ihr Wachstum ist bescheiden. Und inmitten dieser Schweiz, die nicht mehr so dynamisch ist wie sie sein sollte, haben wir den Kanton Zug, wo Sie gerade gestern z.B. wieder lesen konnten, dass beispielsweise dessen Exportindustrie mehr als doppelt so stark gewachsen ist als die Schweizerische (CH 6,9%, ZG 14,9%). Wie können wir uns auf dieser Position behaupten? Damit zum zweiten Teil.

2. Der Kanton Zug innerhalb der gesunden Konkurrenz der Kantone

2.1. Die Diskussion um Obwalden

Ich möchte hier zuerst auf die aktuelle Diskussion um den Steuerwettbewerb, ausgelöst durch den Obwaldner Volksentscheid, degressive Steuersätze einzuführen, eingehen, dann auf den NFA.

Der Obwaldner Entscheid hat Reaktionen verschiedener Arten ausgelöst. Man schiesst nicht nur auf Obwalden, die Zielrichtung geht natürlich auch auf Zug. Man beobachtet uns mit äusserst misstrauischen Argusaugen. Ich musste mir beispielsweise von einem Berner Nationalrat in der NFA Kommission vor drei

Wochen vorhalten lassen, dass die Zuger ja schon wieder die Steuern senken wollen, obwohl das im Kantonsrat hier noch gar nicht besprochen wurde. Man schaut genau, was wir tun, und man sieht es nicht gerne.

Die Linke lanciert damit wieder ihre Idee der materiellen Steuerharmonisierung. Das wäre das Todesurteil für den Standort Zug. Aber wir dürfen die Stimmung im Lande nicht unterschätzen. Immer mehr Leute haben mehr Interesse an einem Staat, der viel Geld zu verteilen hat, als an vielen Unternehmen, die überhaupt erst die Steuergelder erwirtschaften. Die Medien reden von „ungesundem Wettbewerb“, die Alternativen im Kanton Zug von „Steuerdumping“, so wie es Zug vorgemacht habe. Auch der St. Galler Finanzdirektor Schönenberger, CVP, sprach von den „Totengräbern des Steuerwettbewerbs“, Frau RR Widmer-Schlumpf, SVP, sprach von einer „Gefahr für die Demokratie“, und selbst aNR Peter Hess wird moderater. Nationalrat Josef Lang sagt in der BaZ vom 6.2.06, Zug mache „ethischen Nihilismus“, alles was erlaubt sei, werde in Zug gemacht, und das mache Zug für die Ostmafia attraktiv.

Sie sehen: wir haben nicht viele Freunde. Man will zwar gerne unser Geld, bzw. setzt es als selbstverständlich voraus, wirft uns aber vor, dass wir es auch erwirtschaften. Der grösste Gau wäre die materielle Steuerharmonisierung. Wie wahrscheinlich ist dieses Szenario? Die Initiative kommt sicher zustande. In einer Abstimmung wäre ein Volksmehr möglich. Also wird vieles am Ständemehr hängen. Da haben wir eventuelle Aussichten, gewinnen zu können. Aber viele Stände würden sich nicht für Zug entscheiden.

Erinnern Sie sich: vor der Abstimmung zum NFA wollte man uns immer weis machen, dass wir mit dem NFA einverstanden sein müssten, damit nicht die materielle Steuerharmonisierung komme. Jetzt, wo man mehrheitlich Ja sagte zum NFA, kommt die Steuerharmonisierung evt. trotzdem. Die Linke hält nicht Wort. Und die schwachen Kantone auch nicht.

Dabei dürfen wir nicht verkennen, dass um uns herum die andern Kantone, mit NFA Mio und Gold Mio auch vorwärts machen. Ein paar Beispiele, was Kantone gemacht haben im 2006 oder bis 2009 umsetzen möchten:

Obwalden senkt die Gewinnsteuer, Kapital- und Einkommenssteuer, Thurgau senkt die Kapitalsteuer um zwei Drittel, Nidwalden senkt die Steuer auf dem Fixkapital von Holdings, Fribourg senkt die Einkommenssteuer um 10Mio pro Jahr, Aargau senkt

die Steuer auf Dividenden und die Kapitalsteuer um 50%, St. Gallen senkt Gewinn- und Einkommenssteuer, Graubünden senkt die Gewinnsteuer um 50%, führt ein partielles Splitting für Verheiratete ein, Uri senkt – mit Gewinnen der Kantonbank – die Gewinn- und Einkommenssteuer, Bern plant die Senkung der Einkommenssteuer um 200 Mio pro Jahr.

Sie sehen: manche Kantone, die Zug kritisieren, ziehen selber nach, sobald sie können. Es ist für mich deshalb absolut selbstverständlich, dass auch die Zuger Regierung mit der Senkung der Kapitalsteuer von 0,075 auf 0,02% ihren Spitzenplatz verteidigen muss.

Die Kantone, v.a. die Deutschschweizer Kantone, erweisen sich insgesamt wesentlich agiler, wettbewerbsorientierter, als der Bund. Der Kanton Zug erweist sich hier als gefordert, im interkantonalen Wettbewerb zu bestehen.

Sind die Massnahmen von Obwalden ein Grund zur Sorge für den Zuger Standort? Immerhin haben bereits 40 Kapitalgesellschaften mehr als im Vorjahr in Obwalden Sitz genommen, 7 davon aus Zug.

Ich glaube trotzdem nicht, dass wir uns grössere Sorgen machen müssen. Man muss sehen, dass der Standort Zug nach wie vor über Vorteile verfügt, die von andern Standorten nicht zu erreichen sind, in absehbarer Zeit. Die Nähe zu Zürich ist nur einer davon, die Infrastruktur, die Clusterbildung andere.

Obwalden kann gar nicht so gute Bedingungen stellen wie Zug aber sie versuchen mit ihrer Strategie, eine ganz kleine Nische besser zu besetzen, als bisher. Das möchte ich Ihnen anhand von zwei Tabellen zeigen.

Obwalden versucht einerseits, mit den tiefsten Unternehmenssteuern 6,6% für alle, attraktiver zu werden für Betriebe. Andererseits versuchen sie mit der Degression, sogenannte Superreiche, Kategorie 6 (Eidgen. Steuerverwaltung: Haushalte mit mehr als 570'400 Fr. Einkommen), anzulocken. Sie sehen, dass wir in ZG und SZ davon nur gerade 0,79 bzw. 0,69 Prozent aller unserer Haushalte haben, aber diese winzige Minderheit zahlt in beiden Kantonen nahezu 40% an die gesamte direkte Bundessteuer!

Sie sehen auch: Zug ist deshalb auch so erfolgreich, weil wir auch – im Vergleich zu andern Kantonen – sehr viel mehr dieser Haushalte haben. Obwalden versucht, solche Leute zu bekommen, aber – mindestens nach Gesprächen und Auskünften, die ich erhalten habe – auch in OW scheint die Hoffnung klein, dass sie diese von

uns holen können. Zug hat hervorragende und gut ausgebaute Angebote in Bildung, Kultur, Infrastruktur usw., sodass diese Leute sehr gerne hier bleiben. Es wurde mir auch gesagt, dass man in Obwalden vor allem Leute aus dem Ausland damit holen will. Eine deutsche Unternehmerin, wohnhaft in Obwalden, hat bereits Kontakte nach Deutschland gepflegt, die Erfolgsaussichten sind gut.

Die beiden Appenzell sind mit dieser kleinen Nischenstrategie auch äusserst erfolgreich. Und für einen kleinen Kanton, mit kleinem Budget, ist eine solche Strategie natürlich äusserst wirksam, schon bei einigen wenigen Zuzügen.

Sie sehen aber auch auf der zweiten Tabelle, dass Zug im gesamten nach wie vor über Qualitäten und Vorsprung verfügt, der uns mit den neuen Wettbewerbssituationen gut umgehen lässt:

Der Abstand im Gesamtindex der Steuerbelastung schon zum nächsten Konkurrenten, Schwyz, beträgt 13 Punkte. Das heisst, bei einem Umzug von Zug nach Schwyz eines privaten Unternehmers, der Firma und Wohnsitz zügelt, würde – sehr vereinfacht gesagt – die Belastung um 20% steigen. Natürlich muss man hier noch die Gemeindeunterschiede beachten. Aber Sie sehen aus diesem Index natürlich auch, warum Obwalden sich bemühen muss, von diesem Schlussrang wegzukommen.

Sie sehen auch, was eine materielle Steuerharmonisierung für Zug bedeuten würde. Die Linken wollen eine gesamteidgenössische Bandbreite zulassen von zwischen 80 und 120. Das tönt ja noch recht gut, und man könnte denken, das ist ein vernünftiger Spielraum.

Wenn Zug aber nun von 51 auch 80 hinauf müsste, dann heisst das, dass die Belastung um mehr als 60% ansteigen müsste, nur damit wir den unteren Rand erreichen! Dann ziehen die internationalen Unternehmen in Zug aber nicht mehr in einen andern Kanton, sondern ins Ausland weg, und das Steuersubstrat wird nicht nur für Zug, sondern auch für den Bund wesentlich kleiner. Das ist die grosse Gefahr. Kurz: Obwalden wird uns nicht gefährden, aber die materielle Steuerharmonisierung bringt uns um. Und der NFA?

2.2. Was droht uns mit dem NFA?

Zum NFA, der für Zug auch schwierig wird, kann ich Sie orientieren, wo wir heute stehen: der Ständerat hat soeben die zweite Botschaft, die Ausführungsgesetze,

durchberaten. Rolf Schweiger war ziemlich allein, und der Ständerat machte sehr schnell vorwärts. Der Nationalrat beginnt jetzt in der Kommission, diese zweite Botschaft zu beraten. Ich konnte erreichen, dass ich für die CVP Einsitz in der Kommission erhielt. Man murrte zwar, v.a. seitens Nehmerkantonsvertretern, trotzdem sitzen jetzt zwei Zuger, Marcel Scherer und ich, drin. Von 27 Kommissionsmitgliedern sind aber nur etwa noch 2 bis 3 auf Geberseite, wir können also unsere Anträge als chancenlos abbuchen.

Der Bundesrat bringt im Sommer bereits die Vernehmlassungsbotschaft 3, die für ZG absolut wichtig ist, denn dort geht's um die Dotation der Geldtöpfe. Der Bundesrat drückt derart aufs Tempo, damit er auf 1.1.08 den NFA in Kraft setzen kann. Persönlich bin ich nach wie vor der Meinung, dass wir alles tun müssen, den NFA zu verhindern, zu verzögern, allenfalls zu verbessern, obwohl wir zahlenmässig keine Chance haben. Es wird schwierig.

Zusätzlich schwierig wird es auch deshalb, weil wir als Zuger Delegation nie einheitlich auftreten. Man haut uns da die Kommentare von Jo Lang und andern über den Kanton Zug halt schon öfters um die Ohren, und das Bild, das man in Bern von uns Zugern hat, ist schon dies, dass wir hauptsächlich krumme Geschäfte machen, und jetzt verdientermassen geschöpft werden sollen, ein Bild, das wir auch den kantonseigenen Linken verdanken. Das erleichtert unsere Position nicht gerade, auch wenn wir wissen, dass Neid von anderen immer auch ein Anzeichen für Erfolg ist.

Der grösste Erfolg wäre der, dass wir es schaffen, eine Limite nach oben für die Geberkantone zu erreichen. Regierungsrat Peter Hegglin versucht in kleinen diskreten Schritten, mindestens die Geberkantone zu organisieren, aber schon da schert zum Beispiel Genf schon aus.

3. Welche Strategie soll Zug wählen, um vorne zu bestehen?

1. Wir müssen uns dem Wettbewerb weiterhin stellen, und wir müssen auf Strategien wie Obwalden eigene gute Antworten finden.
2. Wir müssen unsere Stärken pflegen, Stärken, die da sind:
 - tiefe Steuern
 - eine unternehmerisch denkende Verwaltung und Regierung

- eine Offenheit der Zugerinnen und Zuger für Internationales
- ein Zuger Gewerbe, das die Ansiedlung neuer Firmen nicht als Bedrohung, sondern als Vorteil sieht
- eine Infrastruktur in Bildung, Verkehr, Gesundheit usw., die internationalen Ansprüchen genügt
- bürgerliche Zuger Parteien, die – trotz aller Unterschiede – sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst sind, nur zusammen erfolgreich für den Standort Zug einstehen zu können. Ein grosser Beitrag für die Stärkung der Position Zugs in Bern wäre es, wenn die bürgerlichen Parteien in den Wahlen 07 es schaffen könnten, wieder eine vollständig bürgerliche Delegation nach Bern zu schicken. Das würde uns die Arbeit in Bern wesentlich erleichtern.

Zum Schluss: Vergessen wir nicht, der Durchbruch Zugs zum international bekannten Handels- Dienstleistungs –und Finanzplatz ist v.a. dem Ausland zu verdanken. Als sich Domizilgesellschaften hier ansiedelten, reagierte das Ausland, indem es solche Steuerfluchten nur dann zulassen wollte, wenn man in Zug auch eine eigentliche Unternehmenstätigkeit ausübe. Das hatte zur Folge, dass diese Unternehmen aber nicht mehr zurück gingen, wie das Ausland erwartete. Sondern im Gegenteil auch ihre Firmenstrukturen mit Büros und Personal hierher zügelten. Folge dieser Entwicklung ist, dass diese Gesellschaften und ihre oft hoch bezahlten Manager auch hier besteuert werden können. Diese Infrastruktur, diese reale Präsenz der Unternehmen in Zug, mit ihren Leuten, das macht aus Zug einen realen attraktiven Standort, mit Infrastruktur, und nicht einen Briefkastenphantomstandort. Diesen Vorsprung haben wir vor allen unseren Konkurrenten, und genau diesen Vorsprung müssen wir auch halten. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen, und ich bitte Sie, das auch in ihrem Gewerbe, in Ihrem Unternehmertum, auch zu tun, und dafür danke ich Ihnen.

Gerhard Pfister, Präsident CVP Kanton Zug, Nationalrat

(schriftliche Version, 31.3.06)